

Vorwort

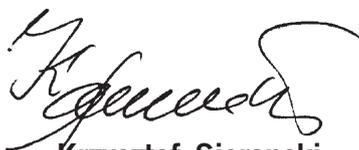
Zum zweiten Mal habe ich als Vorsitzender des AusländerInnen-Integrationsbeirates (AIB) Linz die Möglichkeit, Ihnen die durchgeführten Projekte des AIB in Form des vorliegenden Tätigkeitsberichts zu präsentieren und auf das Jahr 2004 zurückzublicken.

Neben verschiedenen Aktivitäten im Bereich der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit - wie z.B. der „Kalender der Kulturen“ - war für den AIB im Jahr 2004 vor allem Informationsaustausch und Vernetzung von besonderer Bedeutung.

So lud der AIB gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Linz, Dr. Franz Dobusch, zum „Frühjahrs-Dialog“ mit VertreterInnen Linzer MigrantInnen-Vereine ein. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde die wichtige integrative Arbeit der ethnischen Selbstorganisationen öffentlich gewürdigt, die Kontakte zu den Vereinen konnten vertieft werden. Bei diesem offenen Dialog konnte eine Vielzahl aktueller Fragestellungen, Anliegen und Probleme der nach Linz Zugewanderten zur Sprache gebracht werden.

Im Jahr 2004 wurde auch ein wichtiger Schritt in Richtung Antidiskriminierungspolitik gesetzt, der nicht nur für die Stadt Linz, sondern für das gesamte Bundesland von weitreichender Bedeutung ist: der Entwurf des Landesgesetzes über das Verbot der Diskriminierung auf Grund der rassistischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Beeinträchtigung des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Oö. Antidiskriminierungsgesetz). Durch dieses Gesetz wird unter anderem bei Betroffenen das Bewusstsein gestärkt, sich „zu Recht“ gegen diskriminierende Behandlung aufzulehnen – aus Sicht des AIB eine wichtige Signalwirkung.

Auch im Jahr 2005 werden wir an der Realisierung unserer Ziele weiterarbeiten und unsere nicht immer einfache Aufgabe wahrnehmen. Alle, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, sind herzlich dazu eingeladen.



Krzysztof Sieranski
Vorsitzender

INHALT

Seite

1. Mitglieder des AIB am Wort	5
2. Aktivitäten im Jahr 2004	7
Presseaussendungen	7
„Frühjahrs-Dialog“ mit den Linzer MigrantInnen-Vereinen	10
Pressespiegel als täglicher Informationsservice	11
Grillen am Pleschinger See	11
Interkultureller Sommerausklang „Vielfalt bewegt“	11
Neue Internetseiten: www.linz.at/zugewanderte.asp	12
Mitwirkung beim Förderpreis „Stadt der Kulturen“	13
Zugang zum Wohnungsmarkt für Nicht-EU-BürgerInnen	14
Buchpräsentation und Lesung „Uns hat es nicht geben sollen. Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen“	14
Kalender der Kulturen	15
Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung	16
Plattform AusländerInnen-Integration in Oberösterreich	16
Plattform Zivilcourage	16
Antirassismusbeirat	16
3. Mitglieder des AIB	17
4. Pressespiegel	19

1. Mitglieder des AIB am Wort

Migration und Integration

Ike Okafor, 2. Stellvertretender Vorsitzender des AusländerInnen-Integrationsbeirates Linz

Etwa seit den 90er Jahren wird die Ausländerthematik, bzw. seit neuestem Migrationsthematik, verstärkt in der Politik, den Medien und der Bevölkerung thematisiert. Fast alle Innenminister der letzten 15 Jahre versuchten sich mit neuen und verschärften Zuwanderungsgesetzen zu profilieren. Dabei standen und stehen selten sachliche Argumente im Vordergrund. Die Diskussionen, sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Bereich, werden zumeist auf der emotionalen Ebene geführt. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind auf allen Seiten die Menschen und die Menschlichkeit.

Es stellt sich die Frage: wie schafft man den Sprung von der Migration zur Integration?

Die Meinung der Bevölkerung wird meist von wenig differenzierten Berichterstattungen und populistischen Politikern bestimmt. Vorurteile und Ängste wie bspw. Überfremdung der Gesellschaft, Schwächung des Sozialstaates, Verschlechterung der Arbeitsplatzsituation und im Schulbereich, Zunahme der Kriminalitätsdelikte, usw. sind die vorherrschenden Einstellungen. Dagegen haben sachliche Zahlen und Fakten, die einen Großteil der Vorurteile widerlegen können, keine Chance. Sie werden kaum wahrgenommen und spielen in den Diskussionen keine Rolle. Dieser Mangel an Information einerseits und die Vorurteile andererseits spürt man z.B. bei der Suche nach Unterkünften für Flüchtlinge. Es wird als Schande gesehen, sein Haus an Flüchtlingsorganisationen zu vermieten. Ganze Gemeinden protestieren gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrem Gemeindegebiet. So geschehen erst kürzlich in Steyr: Bürger organisierten eine Unterschriftenaktion und protestierten auf der Straße gegen die Errichtung eines Flüchtlingsheims in Steyr. Zwei ihrer Argumente: „Ich fürchte um die Sicherheit meiner Schulkinder ... am Schulweg“, „ der Wert meiner Liegenschaft sinkt“....

Ich will und kann dies nicht weiter ohne Betroffenheit kommentieren. Denn ich bin kein neutraler, unbeteiligter Beobachter der ganzen Geschehnisse in diesem Land und kann daher ebenfalls nicht sachlich darauf antworten. Mein Entsetzen über solches Kalkül und derartige Herzenskälte bleibt jedoch. Vor allem bedarf es einer sachlichen und wertfreien Herangehensweise an die Migrationsthematik (nicht Problematik!!), gerade in dieser aufgeheizten Zeit. Natürlich werfen Wanderbewegungen, die es im übrigen immer schon gab und die ein natürliches Phänomen sind, neue Fragen und Probleme auf. Polarisierung und Angstmacherei sind aber die denkbar schlechtesten Antworten darauf.

Es gibt viele Gründe für Aus – und Zuwanderung. Arbeitsplatzwechsel, Ausbildung, Krieg und Vertreibung, Religion, Armut, Globalisierungseffekte sind nur einige Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen und in ein anderes Land ziehen. Menschen - egal woher sie kommen - dürfen niemals als Problem, Belastung oder Gefahr betitelt werden.

Kreative, neue, auch ungewöhnliche Impulse und Wege müssen angedacht und eingeschlagen werden. Mut zur Verantwortung, Zivilcourage und Herz sind gefragt und zwar von allen! Sie schaffen die Brücke von Migration zur Integration.

Integration bedeutet nicht allein das Beherrschen der Landessprache, sondern ist dann erreicht, wenn sich die zugewanderten Menschen als Teil der Gesellschaft fühlen oder fühlen dürfen.

Es ist die Bereitschaft von beiden Seiten notwendig, sich zu öffnen und die Vorteile einer Begegnung zu erkennen. Ein Mensch, der ständig als „Problem“ und „Belastung“ bezeichnet wird, erlebt, dass seine Integration nicht gewollt wird, und kann der ganzen Gesellschaft nichts Positives abgewinnen.

Trotzdem haben Migranten, wie alle Bürger, Rechte und Pflichten. Diese müssen ihnen ohne Wenn und Aber zugestanden und zugemutet werden. Das fordert aktive Partizipation der Migranten bei allen gesellschaftlichen Ereignissen, seien es kulturelle, religiöse, soziale wie auch politische.

Wege zu Integration und Partizipation – gibt es sie?

Tülay Tuncel, Mitglied des AusländerInnen-Integrationsbeirates Linz

„Alles hat zwei Seiten. Aber erst wenn man erkennt, dass es drei sind, erfasst man die Sache.“
Heimito von Doderer

Dieses Zitat unterstreicht die verschiedensten Standpunkte, die subjektiv betrachtet zwar richtig scheinen, jedoch bei Distanzierung von den eigenen Argumenten, objektiv betrachtet falsch sein können.

Es gibt meine Integrationsvorstellung,
deine Integrationsvorstellung und die Integration.

Integration und politische Partizipation können zwar auf einer generell-abstrakten Ebene formuliert und geregelt werden. Da wir aber von einer nicht-homogenen Zielgruppe ausgehen müssen, gibt es bei der individuell-konkreten Umsetzung Schwierigkeiten und große Herausforderungen. Politik sollte im besten Falle für Menschen gemacht werden, da die Demokratie es vorsieht, dass das Recht vom Volke ausgeht. Damit aber eine faire Politik und Interessenvertretung gemacht werden kann, sollte auf die Wünsche und Forderungen der betroffenen Menschen eingegangen werden.

Vor allem der Integrationsvertrag und das neue Asylgesetz haben wieder einmal bewiesen, dass manche vom Volk legitimierte PolitikerInnen Integration als eine Einbahnstraße betrachten und einen Dialog mit NGOs und anderen Einrichtungen und Betroffenen nicht als erforderlich betrachten. Integration wird vor allem auf das Beherrschen der deutschen Sprache beschränkt – dabei wird jedoch die individuelle Lebenssituation der betroffenen Menschen nicht berücksichtigt. Das Erlernen der deutschen Sprache ist sicherlich eine wichtige Maßnahme um am politischen und gesellschaftlichen Geschehen teilnehmen zu können. Jede Form von erzwungenen Maßnahmen und damit verbundene Sanktionen schüchtern Betroffene ein und führen zu einer gettoisierten gesellschaftlichen Zusammenschließung von den Volksgruppen. Dies verursacht keine aktive Miteinbindung in die gesamte Gesellschaft, sondern isoliert sie.

Anerkennung, Chancengleichheit und gesetzliche Gleichstellung sind die treibenden Kräfte für die Partizipation und Integration von Nicht-ÖsterreicherInnen. Nur dann, wenn ich nicht als „anders“ dargestellt und behandelt werde, bin ich ein Teil des gesamten Systems. Nur dann, wenn ich meinen Platz eingenommen habe, auf dem Arbeitsmarkt, in den Ämtern und Institutionen gleichbehandelt werde, bin ich willig „freiwillig“ mitzuwirken und meinen Teil zu leisten.

2. Aktivitäten im Jahr 2004

Der AIB Linz hielt in diesem Jahr sechs öffentliche Sitzungen ab, weiters fanden Arbeitstreffen statt, die unter anderem der Vorbereitung und Planung verschiedener Aktivitäten dienten.

Die folgende Auflistung ermöglicht einen Überblick über die Tätigkeiten und die Arbeit des Beirates im abgelaufenen Jahr.

Presseausendungen

Während des Jahres 2004 hat der AIB zu verschiedenen integrationspolitisch wichtigen Themen auch öffentlich Stellung bezogen.

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen

Im Einklang mit einer langjährigen Forderung des AIB wurden im Jänner 2004 im Linzer Gemeinderat verschiedene Initiativen in Richtung der Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen gesetzt. Der AIB hat am 21. Jänner 2004 seine Sichtweise in einer Presseaussendung dargestellt:

„Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen ist ein erster Schritt in Richtung Teilhabe von MigrantInnen an politischen Entscheidungsprozessen, der von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist. Aus Sicht des AusländerInnen-Integrationsbeirates (AIB) Linz ist eine Verbesserung der politischen Partizipationschancen von MigrantInnen erforderlich: wer auf Dauer von kollektiven Entscheidungen betroffen ist, muss auch das Recht haben, sich an ihnen zu beteiligen!“

Daher begrüßt der AIB als politische Interessensvertretung aller in Linz lebenden Nicht-EU-BürgerInnen, dass in der Gemeinderatssitzung am 22. Jänner 2004 zwei Anträge betreffend Erlassung einer Resolution zum Thema „Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen“ eingebracht werden (SPÖ: „Antrag betreffend die Erlassung einer Resolution bezüglich der Einleitung einer Verfassungsänderung für die Einführung des Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen auf kommunaler Ebene“; Grüne: „Antrag betreffend die Erlassung einer Resolution bezüglich der Ausarbeitung einer grundlegenden Staats- und Verfassungsreform, in die das aktive und passive kommunale Wahlrecht für MigrantInnen und Migranten aller Staatsangehörigkeiten aufzunehmen ist“).

Die Schaffung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine politische Mitbestimmung Zugewanderter ist ohne Zweifel als längerfristiger Entwicklungsprozess zu betrachten, daher werden diese beiden Resolutionsanträge vom AIB als wichtige Signale für eine gesellschaftliche Bewusstseinsbildung in diesem Themenbereich erachtet.“

Beide Anträge wurden im Gemeinderat angenommen und als Resolutionen an den Oberösterreichischen Landtag bzw. den Verfassungskonvent weitergeleitet.

Diskriminierung in Lokalen

Auch zu einem umstrittenen Urteil des UVS im Zusammenhang mit Diskriminierung beim Zutritt zu Lokalen hat sich der AIB am 28. Jänner 2004 in der Presse geäußert:

Drogenverkauf durch Schwarzafrikaner oder Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers

Besorgnis erregende Entscheidung des Unabhängigen Verwaltungssenates (UVS) des Landes Oberösterreich

Die Entscheidung des oberösterreichischen Unabhängigen Verwaltungssenates (UVS) im Fall der angezeigten Diskriminierung eines Vorarlberger Politikers, eines Religionslehrers und eines afrikanischen Diplomaten, denen auf Grund ihrer Hautfarbe im Sommer 2001 der Eintritt in ein Linzer Lokal verwehrt wurde, erachtet der AIB Linz als untragbar und zutiefst Besorgnis erregend.

Im Erkenntnis des UVS wurde eine Verwaltungsstrafe vom Magistrat der Stadt Linz in der Höhe von € 750,- für den Lokalbesitzer und den Türsteher wieder aufgehoben. Die Entscheidung vom zuständigen Juristen des Verwaltungssenates ist offen rassistisch begründet: „...eine verschärfte Zugangskontrolle bezüglich jener Personen, die auf den ersten Blick – also rein äußerlich und oberflächlich betrachtet – als Drogendealer in Betracht kommen, der Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers entspricht und daher vollkommen legitim erscheint“. Damit wurde ein vom UVS ausgestellter Freibrief für all jene Unternehmen verfasst, ihre rassistisch motivierte Zugangskontrolle zukünftig rechtfertigen zu können, da es „legitim“ ist, Menschen auf Grund ihrer Hautfarbe als potentielle Drogendealer zu verdächtigen.

„Das entspricht keinesfalls unserem Verständnis von Integration! Es ist vielmehr eine offene Einladung zur Desintegration. Dieses Urteil ist eine generelle Verurteilung aller Schwarzen. Nicht jeder Schwarze ist ein Afrikaner und nicht jeder Afrikaner ein Drogendealer! Seit wann wird vom Aussehen eines Menschen sein Vorhaben erkannt? Stellen Sie sich vor, einem Bartträger würde der Zutritt zu einem Einkaufshaus mit der Begründung, er könne ja ein potentieller Talibankämpfer sein, der einen Terroranschlag plant, verwehrt! Wie weit können wir noch gehen? Dieses Urteil ist nicht nur diskriminierend, sondern es richtet für die Betroffenen konkreten Schaden an: man schließt sie von allen beruflichen und gesellschaftlichen Ebenen aus und sie werden verdächtigt, potentielle Drogendealer zu sein!“ meint der zweite stellvertretende Vorsitzende des AIB.

Diskriminierung von Einzelpersonen und gesellschaftlichen Gruppen auf Grund von ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Staatsbürgerschaft, Geschlecht, Weltanschauung, Behinderung, Religion und sexueller Orientierung ist allgegenwärtig und findet leider auch auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen statt. Daher spricht sich der AIB seit längerem für ein Antidiskriminierungsgesetz aus und hat diese Forderung bereits auch durch einen entsprechenden Resolutionsantrag im Linzer Gemeinderat eingebracht.

Es bleibt nun zu hoffen, dass das Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene, das im Februar in Begutachtung gehen wird, rasch beschlossen werden kann, um zumindest in Oberösterreich in Zukunft eine lückenlose Rassismusbekämpfung vorweisen zu können.“

OÖ. Antidiskriminierungsgesetz

Landesgesetz über das Verbot der Diskriminierung auf Grund der rassistischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Beeinträchtigung des Alters oder der sexuellen Ausrichtung

Im Februar 2004 ging der Entwurf für ein oberösterreichisches Antidiskriminierungsgesetz in die Begutachtungsphase. Dieses Gesetz bietet erstmals in gewissen Bereichen einen Schutz

für Diskriminierungsopfer und stellt auch im Zusammenhang mit der Umsetzung von EU-Richtlinien einen wichtigen Schritt dar. Der AIB wurde gemeinsam mit vielen anderen NGOs um eine Stellungnahme im Sinne allfälliger Ergänzungs- und Änderungsvorschläge ersucht.

Das für Oberösterreich vollkommen neue Antidiskriminierungsgesetz untersagt allen Landes- und Gemeindebediensteten jegliche Diskriminierung auf Grund der rassischen oder ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Beeinträchtigung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung.

Es wird zwischen „unmittelbarer“ und „mittelbarer“ Diskriminierung sowie „diskriminierender Belästigung“ unterschieden. Das Gesetz bietet einen Rechtsschutz bei Verstößen gegen das Diskriminierungsverbot (Schadensersatz, Disziplinar- und Verwaltungsstrafen).

Eine wichtige Verfahrenserleichterung stellt die sog. „Beweislastumkehr“ dar: in einem gerichtlichen Verfahren muss die Klägerin/der Kläger den Umstand der Diskriminierung nur glaubhaft machen, die Beklagten hingegen müssen beweisen, dass keiner der im Gesetz genannten Diskriminierungsgründe für die unterschiedliche Behandlung maßgeblich war.

Eine Klage kann auch (mit Einverständnis der/des Betroffenen) von Interessensvertretungen oder Nichtregierungsorganisation erhoben werden. Des weiteren sieht das Gesetz die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle vor, die insbesondere die Opfer von Diskriminierungen durch entsprechende Rechtsberatung unterstützt.

Über die Möglichkeiten und Grenzen des geplanten Antidiskriminierungsgesetzes konnten die Beiratsmitglieder auch mit Landtagsabgeordneten Gunther Trübswasser, einem Wegbereiter des Gesetzes, diskutieren, der am 27.4.2005 zu Gast in einer Sitzung des AIB war.

Seine Einschätzung zu diesem neuen Gesetz formulierte der AIB auch in einer Aussendung an die Presse am 26.4.2005:

Aus Sicht des AusländerInnen-Integrationsbeirates (AIB) Linz besitzt der Gesetzesentwurf zum oberösterreichischen Antidiskriminierungsgesetz eine wichtige Signalwirkung: durch dieses Gesetz bringt das Land Oberösterreich seine Haltung zu diskriminierenden Vorfällen im eigenen Wirkungsbereich unmissverständlich zum Ausdruck. Insbesondere wird damit auch bei Betroffenen das Bewusstsein gestärkt, sich „zu Recht“ gegen diskriminierende Behandlung aufzulehnen. Oberösterreich nimmt mit diesem Gesetz innerhalb Österreichs eine Vorreiterrolle ein; denn als erstes Bundesland trachtet es nach Herstellung von EU-Konformität durch Umsetzung der entsprechenden Richtlinien.

Der AIB Linz erachtet im Gesetzesentwurf vor allem die Wiedergutmachung des immateriellen Schadens, der durch eine Verletzung der Würde erlitten wurde, als wichtiges Zeichen für Diskriminierungsopfer.

Allerdings wird der rechtliche Rahmen, der zweifelsohne eine wichtige Grundlage eines Diskriminierungsschutzes darstellt, allein jedoch nicht ausreichen, um der Subtilität von Vorurteilen und Diskriminierungsmechanismen gerecht zu werden. Um eine gesellschaftliche Sensibilisierung zu diesem Themenbereich zu erreichen, müssen alle Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, die Antidiskriminierungsarbeit und damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Abbau von Vorurteilen „in den Köpfen“ leisten, entsprechend unterstützt und gestärkt werden.

Der oberösterreichische Entwurf kann daher nur als erster Schritt in einer Reihe weiterer dringend erforderlicher Maßnahmen gesehen werden – auf die Umsetzung und Verwirklichung eines auf bundesgesetzlicher Ebene weit reichenden Rechtsschutzes für Opfer von Diskriminierungen kann gehofft werden!

(Anmerkung: Das OÖ. Antidiskriminierungsgesetz wurde am 3.3.2005 vom Oö. Landtag beschlossen.)

„Frühjahrs-Dialog“ mit den Linzer MigrantInnen-Vereinen

Am 19. April 2004 lud Bürgermeister Dr. Dobusch gemeinsam mit dem AIB VertreterInnen der Linzer MigrantInnen-Vereine zum „Frühjahrs-Dialog“ ein.

Zielsetzung dieser Veranstaltung war vor allem, ein Zeichen der Wertschätzung für die wichtige Arbeit der ethnischen Vereine zu setzen, gleichzeitig einen Austausch mit dem Bürgermeister zu ermöglichen und eine Vertiefung der Kontakte zwischen den Vereinen zu fördern.

Nach den Begrüßungsworten des Bürgermeisters und des Vorsitzenden des AIB bestand für die Anwesenden die Gelegenheit, wichtige Anliegen und Fragen zur Sprache zu bringen. Zwischen den rund 120 Gästen (Obleute der MigrantInnen-Vereine, VertreterInnen der Stadtpolitik, verschiedener Dienststellen der Stadt Linz sowie der Beratungseinrichtungen) fand ein reger Informationsaustausch statt - so wurden etwa verschiedene Formen der Diskriminierung Zugewanderter diskutiert (Zugang zu Lokalen, am Wohnungsmarkt), aber auch Fragen im Zusammenhang mit dem Tragen des Kopftuches, mit Grillplätzen im Raum Linz oder zu DolmetscherInnen im Gesundheitswesen angesprochen.

Im Anschluss konnten die Gäste den Abend bei einem Buffet ausklingen lassen.

Der „Frühjahrs-Dialog“ fand ein sehr positives Echo und soll auch 2005 fortgeführt werden.



Pressespiegel als täglicher Informationsservice

Seit Mitte des Jahres 2004 wird von der Geschäftsstelle des AIB täglich ein Pressespiegel über aktuelle Medienberichte zum Thema Migration, Integration, Zuwanderung erstellt. Dieser wird an alle Interessierten mittels e-mail weitergeleitet.

Grillen am Pleschinger See

Viele LinzerInnen nutzen den Linzer Pleschinger See als Naherholungsgebiet. Insbesondere wird auf den Freiflächen rund um den See gerne gegrillt, wobei jedoch im Sinne des Wasserschutzes gewisse Regeln zu berücksichtigen sind.

Um auch Personen nicht-deutscher Muttersprache bestmöglich über wichtige Hinweise zu informieren, wurden in Zusammenarbeit mit der Linz AG mehrsprachige Flugblätter in bosnisch-kroatisch-serbischer, englischer, türkischer und französischer Sprache entwickelt und mehrsprachige Informationsschilder vorbereitet.

Die Flugblätter wurden an schönen Tagen direkt am See verteilt, weiters wurden die Linzer MigrantInnen-Vereine in einer Aussendung des AIB dazu informiert.

Interkultureller Sommerausklang „Vielfalt bewegt“

Am 18. September 2004 ließ der AIB Linz den Sommer mit einem interkulturellen Fest „Vielfalt bewegt“ im Sportpark Auwiesen ausklingen.

Im Rahmen des bunten Programms, das internationale Musik, verschiedene Attraktionen des Spielbuses für Kinder (Hüpfburg, Astronautentrainer, ...), eine Tombola und ein „Buffet der Kulturen“ bot, fand für Sportbegeisterte auch ein Hobby-Fußballturnier statt.

An diesem Turnier nahmen rund 30 Teams von MigrantInnen-Vereinen aus ganz Oberösterreich teil.

The poster features a header with the AIB logo (a globe) and the text 'AIB AusländerInnen-Integrationsbeirat Linz' and 'Vielfalt bewegt'. The main text is set against a grey background with a large, semi-transparent 'AIB' watermark. The event details are as follows:

Interkultureller Sommerausklang
des Ausländer-Integrationsbeirates Linz

Sportpark Auwiesen
Auwiesenstr. 202, 4030 Linz

Samstag, 18. September 2004
9.30 - 18.00 Uhr

HOBBY-FUSSBALLTURNIER

Kinderprogramm:
Hüpfburg, Astronautentraining, ...
Ethno-Bufferet - Köstlichkeiten aus aller Welt
Internationale Musik

TEAM-ANMELDUNGEN für das Fußballturnier
bis spätestens 10. September 2004
Tel. (0732) 7070-1150 oder e-mail: integration@linz.at

Bei Schlechtwetter kann die Veranstaltung leider nicht stattfinden.

Impressum: AusländerInnen-Integrationsbeirat Linz, Geschäftsstelle: Pfarrgasse 1, 4021 Linz



Der Beirat möchte im Rahmen dieses Festes die Begegnung von Menschen verschiedener Kulturen und Nationalitäten ermöglichen – beim Sport oder beim gemeinsamen Essen und Trinken konnten auch in diesem Jahr zahlreiche Kontakte geknüpft und einer der letzten Sommertage genossen werden.



Neue Internetseiten: www.linz.at/zugewanderte.asp

Das Integrationsbüro und der AIB Linz sind seit Herbst dieses Jahres unter www.linz.at/zugewanderte.asp im Internet vertreten.

Neben der Beschreibung der Ziele und Grundsätze des Integrationsbüros und des AIB sind die einzelnen Tätigkeitsbereiche und Aufgaben dargestellt und können abgerufen werden. Unter „Aktuelles“ sind aktuelle Veranstaltungstermine, Projekte und Presseaussendungen zu finden. Im Servicebereich gibt es weiterführende Informationen und Adressmaterial, unter anderem zu Beratungseinrichtungen, Deutschkursen, MigrantInnen-Vereinen und Tipps für

Wohnungssuchende. Eine Zusammenstellung wichtiger Downloads und mehr als 60 interessante Links runden das Angebot im Internet ab.

Mitwirkung beim Förderpreis „Stadt der Kulturen“

Bereits zum fünften Mal hat die Stadt Linz in diesem Jahr unter dem Motto „Stadt der Kulturen“ die mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Förderpreise für herausragende interkulturelle Projekte vergeben. Der Vorsitzende des AIB wirkte an der Entscheidungsfindung als Juror mit. Im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas „ZwischenWelten“ lud die Stadt Linz ein, sich in Form von Projekten und Aktivitäten mit der Lebenswelt von Jugendlichen migrantischer Herkunft auseinanderzusetzen - den Orten ihrer Kultur/en, ihren Stärken, ihren Problemstellungen, aber auch ihrer Suche nach persönlicher Identität als Balanceakt zwischen Herkunftskultur und österreichischer Kultur.



Die Preisverleihung durch Vizebürgermeister Dr. Watzl und die Präsentation der prämierten Projekte erfolgte heuer erstmals im Kunstmuseum Lentos.

Als Begleitprogramm wurden mehrsprachige Führungen durch die Sammlung und die aktuelle Ausstellung des Kunstmuseum Lentos in Bosnisch-Kroatisch-Serbisch, Englisch, Polnisch, Türkisch und Ungarisch angeboten.

Zu den PreisträgerInnen zählten heuer unter anderem der Verein Medea mit dem Projekt PANGEA, der Verein der Polen in Oberösterreich, der ungarische Medienverein HungaroMedia und Donauschule Linz und ein Projekt der Architekturstudentinnen Frau Funk und Frau Gnigler.



Zugang zum Wohnungsmarkt für Nicht-EU-BürgerInnen

Im Rahmen einer Befragung der Linzer Wohnungsgenossenschaften wurden im Sommer 2004 vom Integrationsbüro die Zugangsbedingungen für Nicht-EU-BürgerInnen zum Linzer Wohnungsmarkt erhoben. Auf Grund der eingegangenen Rückmeldungen kontaktierte der AIB jene Bauvereinigungen, bei denen sich Nicht-EU-BürgerInnen nur mit bestimmten Einschränkungen für eine Wohnungsvergabe vormerken lassen können und bat um ein Gespräch.

Die Genossenschaft der „Wohnungsfreunde“ wies auf die Förderrichtlinien des Landes OÖ, in denen ein ununterbrochener und rechtmäßiger Hauptwohnsitz von mindestens 5 Jahren für Nicht-EU-BürgerInnen u.a. ein Kriterium ist.

Bei der GWG, mit der der Vorsitzende in dieser Angelegenheit ein Gespräch führen konnte, müssen Personen, die sich vormerken lassen, bereits 5 Jahre mit Hauptwohnsitz in Linz leben - eine Erweiterung des Kreises vormerkberechtigter Personen (z.B. 5 Jahre Hauptwohnsitz in Oberösterreich) ist in näherer Zukunft nicht angedacht.

Die WAG, die bisher als Vormerkbedingung einen Mindestaufenthalt von 5 Jahren in Oberösterreich verlangte, weitete auf Grund der Anregung des AIB den Aufenthaltsort auf ganz Österreich aus.

Um eine Hilfestellung bei der Wohnungssuche im Internet zu geben, liegt in der Geschäftsstelle des AIB eine Liste der wichtigsten Adressen (Immobilienbüros, Wohnungsgenossenschaften) auf.

Buchpräsentation und Lesung „Uns hat es nicht geben sollen. Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen“

Der AIB Linz stellte am 14. Dezember 2004 gemeinsam mit dem Linzer Frauenbüro das im Herbst 2004 erschienene Buch „Uns hat es nicht geben sollen. Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen“ (Herausgeber Ludwig Laher, Verlag Steinmaßl) vor.

In dem Buch beschreiben die drei Autorinnen Rosa Winter, Gitta Martl und Nicole Martl wie es Roma und Sinti hierzulande ergangen ist. Behördenwillkür, „Zigeuner-Erlässe“, Internierung, Sterilisation und Massenmord sind nur einige Stichwörter. Die drei Sinti-Frauen – Mutter, Tochter, Enkelin – erzählen in diesem Buch auf berührende Weise, wie es sich vor diesem Hintergrund leben und überleben ließ und wie der gewaltsame Tod fast der gesamten Familie auch Generationen später noch nachwirkt.

Die drei Autorinnen sparen nichts aus, verzichten aber auf Schuldzuweisungen und einen anklagenden Ton. Sie laden mit einem faszinierend informativen, spannenden, erschütternden und zugleich humorvollen Text ein, bei einer letztlich immer noch unbekannt gebliebenen Minderheit Gast zu sein.



Das Linzer Frauenbüro und der
AusländerInnen-Integrationsbeirat Linz
laden gemeinsam zu einer

BUCHPRÄSENTATION

„Uns hat es nicht geben sollen“
Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen.

Dienstag, 14. Dezember 2004

Frauenbüro
AusländerInnen-Integrationsbeirat



Kalender der Kulturen

Das Integrationsbüro hat gemeinsam mit dem AIB Linz heuer bereits zum fünften Mal den „Kalender der Kulturen“, der für das Jahr 2005 in Zusammenarbeit mit dem Kulturverein MEDEA entstanden ist, herausgegeben.



Die kulturelle und religiöse Vielfalt unserer Stadt spiegelt sich auch in den unterschiedlichsten Festen der hier lebenden Menschen wider. Dieser Kalender stellt daher traditionelle Feier- und Jahrestage sowie die Festtage der großen Weltreligionen im Jahresverlauf dar und beschreibt deren Hintergründe.

Die Fotografien des Vereins Medea begleiten die einzelnen Monate und verleihen diesem Kalender einen unverwechselbaren Charakter. Die für den Kalender ausgewählten Bilder machen aus dem Blickwinkel einer jungen Generation die Ambivalenz von Vorurteilen und Grenzziehungen - abhängig vom Standort der Betrachtenden - deutlich.

Die eindringlichen Bilder stehen im Spannungsfeld zwischen Heimat und Fremdheit und zeugen vom Wunsch wahrgenommene Grenzen gemeinsam zu überwinden.

Der Kalender ist auch auf den Internet-Seiten des Integrationsbüros www.linz.at/zugewanderte.asp als PDF-Dokument (ca. 3,6 MB) abrufbar.

4 April

- [] Traditionelle Feiertagsfahrten
- 8. April: Internationaler Freitag der Roma
- 16. April: Nationaler Feiertag Österreich
- 22. April: Türkisches Kinderfest
- Von Mustafa Kemal Atatürk gestiftetes Fest zu Ehren der Kinder
- 30. April: Nationaler Feiertag Niederlande
- [] Islam
- 21. April: Mohammeds Geburtstag
- In der „Geburtsnacht des Propheten“ erleuchten Kirzen und Lampen die Moscheen.
- Mai gedenkt mit Zusammenkünften und Erzählungen aus dem Leben Mohammeds der Geburt des Propheten.
- [] Judentum
- 24. April - 1. Mai: Pessach
- Dieser „Fest der ungesäuerten Brote“ ist dem Gedenken an den Auszug aus der Sklaverei in Ägypten geweiht.
- Bei einer feierlichen Mahlzeit wird die Erinnerung an die Verschönerung (pessach) begangen. Es erinnert daran, dass Gott das israelische Volk verschonte, als er die ergrötterten Kinder der Ägypter töten ließ.

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
				1	2	3
4	5	6	7	8 []	9	10
11	12	13	14	15	16 []	17
18	19	20	21 []	22	23 []	24 []
25 []	26 []	27 []	28 []	29 []	30 []	

Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung

Information für MagistratsmitarbeiterInnen

Seit 2004 stellt sich der AIB mit seinen Zielsetzungen und Aufgabenbereichen auch in der magistratsinternen Informationsbroschüre für neue MitarbeiterInnen „Klar zum Einstieg“ vor. Weiters konnte das Tätigkeitsfeld des AIB im November auch den am „Grundausbildungslehrgang“ teilnehmenden MagistratsmitarbeiterInnen nahe gebracht werden.

Austausch mit den Dienststellen

Um einen Austausch mit VertreterInnen der verschiedenen Bereiche des Magistrats zu ermöglichen, war der Vorsitzende des AIB am 9. Februar 2004 zu Gast bei einer Sitzung der „MultiplikatorInnen für Integrationsfragen“ der Dienststellen des Magistrats. Herr Sieranski informierte sich über verschiedene aktuelle Problemstellungen und berichtete seinerseits über die Tätigkeit des AIB.

Plattform AusländerInnen-Integration in Oberösterreich

Der Steyrer Beirat für Integrationsfragen und das Steyrer Integrationszentrum Paraplue, der Integrationsbeirat Traun, der Integrationsrat Vöcklabruck, die Integrationsbüros Oberösterreichs (Bad Ischl, Freistadt, Linz, Perg, Traun, Vöcklabruck, Wels) und der AIB Linz bilden gemeinsam die Plattform „AusländerInnen-Integration Oberösterreich“. Diese Einrichtungen und Organisationen trafen sich 2004 zwei mal zu einem Informationsaustausch und diskutierten über aktuelle Themen und Entwicklungen.

Plattform Zivilcourage

Die Plattform Zivilcourage ist auf Grund der vermehrten Diskriminierungsvorfälle bei versuchten Lokalbesuchen von Zugewanderten in Linz entstanden. Diese Plattform, die sich aus zahlreichen Organisationen und auch dem AIB Linz zusammensetzt, hat das Ziel, gegen diese Vorfälle aufzutreten und diverse Aktivitäten zum Thema Diskriminierung zu veranstalten (Organisation von Kundgebungen, Presseaussendungen...). Der AIB wird in der Plattform Zivilcourage durch den stellvertretenden Vorsitzenden Ike Okafor vertreten.

Antirassismusbeirat

Diesem Beirat, der Ende dieses Jahres ins Leben gerufen wurde, gehören neben dem AIB (vertreten durch Ike Okafor), einigen Linzer Beratungseinrichtungen (NGO's) und Privatpersonen auch VertreterInnen verschiedener Abteilungen der Bundespolizeidirektion Linz an. Das Gremium arbeitet an einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen NGO's, Betroffenen-VertreterInnen und der Polizei.

3. Mitglieder des AIB

Gewählte Mitglieder:

Herr Krzysztof Sieranski (Vorsitzender)
Herr Hifzi Coskun (1. Stellvertreter)
Herr Ikechukwu Okafor (2. Stellvertreter)
Herr Fikret Karakaya
Herr Hanefi Keskinilic
Herr Nihad Mandara
Herr Zvonko Orsolich
Frau Gülden Genc
Herr Halil Serin
Frau Tülay Tuncel
Herr Osman Yildirim
Herr Alija Zecvic

Mitglieder der Gemeinderatsfraktionen (mit beratender Stimme):

SPÖ: GRⁱⁿ DI Ana Martincevic
FPÖ: GR Werner Neubauer
ÖVP: GRⁱⁿ Cornelia Polli
Grüne: GRⁱⁿ Gülcan Gigl, MAS

Geschäftsstelle

Als Geschäftsstelle steht dem AIB Linz das AusländerInnen-Integrationsbüro zur Verfügung.

Adresse: Pfarrgasse 1, 4041 Linz
Telefon: (0732) 7070/1150 oder 1151
Fax: (0732) 7070/541150 oder 541151
e-mail: integration@linz.at

Die Geschäftsstelle ist erreichbar:

Montag, Donnerstag: 08.00 – 16.30 Uhr
Dienstag, Mittwoch, Freitag: 08.00 – 13.00 Uhr

Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle/Kontaktpersonen:

Mag^a. Gudrun Siegel-Kraft
Mag^a. Claudia Ziehengraser

Allgemeine Informationen über den AIB Linz finden Sie auch auf der Internetseite der Stadt Linz www.linz.at/zugewanderte.asp

4. Pressespiegel



Am 9. Februar feiern heuer die Chinesen Neujahr.

Foto: EPA

Kalender der Kulturen So feiern „die Anderen“

LINZ. Mehr als zehn Prozent der Linzer Bürger sind ausländische Staatsbürger, noch viel mehr haben ihre Wurzeln außerhalb von Österreich. Wie diese „Anderen“ feiern, das erfährt man im „Kalender der Kulturen“ des Linzer Ausländer-Integrationsbüros.

Im Kalender sind die wichtigsten Feste der Weltreligionen verzeichnet und deren Hintergründe beschrieben. „Wir wollen damit Einblick in die festliche Vielfalt der Stadt geben“, sagt Claudia

Ziehengraser vom Integrationsbüro. Erarbeitet wurde der Kalender mit dem Kulturverein Medea, der auch die Fotos beisteuerte. Medea gibt Migranten und Österreichern die Gelegenheit zu künstlerischem Engagement.

Erhältlich ist der Kalender im Integrationsbüro, Pfarrgasse 1, 4020 Linz, Tel.: 0732 / 70 70 / 11 50 und 11 51. Im Internet ist der Kalender unter der Adresse www.linz.at/Service/AIB_28214.asp abrufbar.

OÖN, 11. 1. 2005

www.volksgruppen.orf.at

AusländerInnen-Integrationsbeirat (AIB) Linz kritisiert UVS-Entscheidung

Die Entscheidung des oberösterreichischen Unabhängigen Verwaltungssenates (UVS) im Fall der angezeigten Diskriminierung eines Vorarlberger Politikers, eines Religionslehrers und eines afrikanischen Diplomaten, denen auf Grund ihrer Hautfarbe im Sommer 2001 der Eintritt in ein Linzer Lokal verwehrt wurde, erachtet der AusländerInnen-Integrationsbeirat (AIB) Linz in einer Aussendung als "untragbar und zutiefst Besorgnis erregend". Im Erkenntnis des UVS wurde eine Verwaltungsstrafe des Magistrat der Stadt Linz in der Höhe von EUR 750,- für den Lokalbesitzer und den Türsteher wieder aufgehoben. Die Begründung für die Entscheidung des UVS bezeichnet der AIB als "offen rassistisch": "...eine verschärfte Zugangskontrolle bezüglich jener Personen, die auf den ersten Blick - also rein äußerlich und oberflächlich betrachtet - als Drogendealer in Betracht kommen, der Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers entspricht und daher vollkommen legitim erscheint". Der AIB sieht darin einen Freibrief für "rassistisch motivierte Zugangskontrollen". (ots/hk)

Damit wurde ein vom UVS ausgestellter Freibrief für all jene Unternehmen verfasst, ihre rassistisch motivierte Zugangskontrolle zukünftig rechtfertigen zu können, da es "legitim" ist, Menschen auf Grund ihrer Hautfarbe als potentielle Drogendealer zu verdächtigen, hält der AIB fest.

"Das entspricht keinesfalls unserem Verständnis von Integration! Es ist vielmehr eine offene Einladung zur Desintegration. Dieses Urteil ist eine generelle Verurteilung aller Schwarzen. Nicht jeder Schwarze ist ein Afrikaner und nicht jeder Afrikaner ein Drogendealer! Seit wann wird vom Aussehen eines Menschen sein Vorhaben erkannt? Stellen Sie sich vor, einem Barträger würde der Zutritt zu einem Einkaufshaus mit der Begründung, er könne ja ein potentieller Talibankämpfer sein, der einen Terroranschlag plant, verwehrt! Wie weit können wir noch gehen? Dieses Urteil ist nicht nur diskriminierend, sondern es richtet für die Betroffenen konkreten Schaden an: man schließt sie von allen beruflichen und gesellschaftlichen Ebenen aus und sie werden verdächtigt, potentielle Drogendealer zu sein!" meint der zweite stellvertretende Vorsitzende des AIB Linz, Ikechukwu Okafor in der Aussendung.

Abschliessend spricht sich der AIB für ein Antidiskriminierungsgesetz aus und hofft, mit dem im Februar in Begutachtung gehende Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene in Oberösterreich in Zukunft eine lückenlose Rassismusbekämpfung vorweisen zu können. (ots/hk)

www.volksgruppen.orf.at, 28. 1. 2004

MINDERHEITEN.ORF.AT

Der AusländerInnen-Integrationsbeirat Linz (AIB-Linz) weist auf zwei Resolutionsanträge zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen von der SPÖ und den Grünen hin, die morgen im Linzer Gemeinderat diskutiert werden. Der AIB bezeichnet in einer Aussendung dazu die Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts als "erster Schritt in Richtung Teilhabe von MigrantInnen an politischen Entscheidungsprozessen, der von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist". Für den AIB Linz ist "eine Verbesserung der politischen Partizipationschancen von MigrantInnen erforderlich: wer auf Dauer von kollektiven Entscheidungen betroffen ist, muss auch das Recht haben, sich an ihnen zu beteiligen." Als Voraussetzung neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen für die politische Mitbestimmung erwartet der AIB einen längerfristigen Entwicklungsprozess, für den von diesen Resolutionen "wichtige Signale für eine gesellschaftliche Bewusstseinsbildung" ausgehen. (ots/hk)

Der Resolutionstitel für den Antrag der SPÖ lautet: "Antrag betreffend die Erlassung einer Resolution bezüglich der Einleitung einer Verfassungsänderung für die Einführung des Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen auf kommunaler Ebene".

Der Resolutionstitel für den Antrag der Grünen lautet: "Antrag betreffend die Erlassung einer Resolution bezüglich der Ausarbeitung einer grundlegenden Staats- und Verfassungsreform, in die das aktive und passive kommunale Wahlrecht für MigrantInnen und Migranten aller Staatsangehörigkeiten aufzunehmen ist". (ots/hk)

minderheiten.orf.at, 28. 1. 2004

Mit MigrantInnen-Vereinen im Dialog

KOMMUNALES
Mit
MigrantInnen-
Vereinen im
Dialog

Gestern Abend haben Bürgermeister Dr. Franz Dobusch und der Vorsitzende des Linzer AusländerInnen-Integrationsbeirates zum Frühjahrs-Dialog ins Alte Rathaus eingeladen. Zwischen den rund 120 Gästen fand ein reger Informations- und Erfahrungsaustausch statt. Zum Frühjahrsdialog fanden sich unter anderem die VertreterInnen von 30 MigrantInnen-Vereinen, Vizebürgermeisterin Dr. Ingrid Holzhammer und die Stadträte Jürgen Himmelbauer, MMag. Klaus Luger und Mag. Dr. Johann Mayr, Mitglieder des AusländerInnen-Integrationsbeirates und VertreterInnen der Stadtverwaltung ein.

www.linz.at/aktuell, 26. 4. 2004



AIB Linz: Wichtige Signalwirkung des Entwurfes zum Antidiskriminierungsgesetz

Aus Sicht des AusländerInnen-Integrationsbeirates (AIB) Linz besitzt der Gesetzesentwurf zum oberösterreichischen Antidiskriminierungsgesetz wichtige Signalwirkung. Durch dieses Gesetz bringe das Land Oberösterreich seine Haltung zu diskriminierenden Vorfällen im eigenen Wirkungsbereich unmissverständlich zum Ausdruck und damit werde auch bei Betroffenen das Bewusstsein gestärkt, sich "zu Recht" gegen diskriminierende Behandlung aufzulehnen, hält der AIB heute in einer Aussendung fest. Neben der Wichtigkeit des rechtlichen Rahmens für Diskriminierungsschutz braucht es aber auch eine gesellschaftliche Sensibilisierung zu diesem Themenbereich, um "der Subtilität von Vorurteilen und Diskriminierungsmechanismen gerecht zu werden", so der AIB Linz. In dieser Hinsicht seien laut Linzer Beirat alle Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, "die Antidiskriminierungsarbeit und damit einen unverzichtbaren Beitrag zum Abbau von Vorurteilen 'in den Köpfen' leisten", entsprechend zu unterstützen und stärken. (tk)

www.minderheiten.orf.at, 24. 6. 2004

Gesetz gegen Diskriminierung - - Als richtigen Schritt bezeichnet der Ausländer-Integrationsbeirat Linz das Vorhaben, ein Antidiskriminierungsgesetz zu beschließen. „Durch dieses Gesetz bringt das Land seine Haltung zu diskriminierenden Vorfällen im eigenen Wirkungsbereich unmissverständlich zum Ausdruck“, betont der Beirat. Wichtiges Zeichen sei die vorgesehene Wiedergutmachung des immateriellen Schadens, der durch eine Verletzung der Würde erlitten wurde. Um eine Sensibilisierung der Gesellschaft zu erreichen, müssten viele Initiativen zum Abbau von Vorurteilen beitragen.

VOLKSBLATT, 27.4.2004 / http://www.volksblatt.at/98NV_1048599.stm

Volksblatt, 27. 4. 2004

Preis. Der Linzer Förderpreis für integrative Kulturprojekte „Stadt der Kulturen“ wird am Montag, 6. Dezember, um 19.30 Uhr im Kunstmuseum Lentos vergeben. Ausgezeichnet werden etwa das Projekt „PANGEA“ des Vereins Medea, und die „Polnischen Kulturtag“. Der Eintritt ist frei, Plätze müssen jedoch unter Tel. (0732) 70 70-1150 reserviert werden.

Rundschau, 1. 12. 2004

LINZ AKTUELL

Home | Aktuell



NEWS VOM 02.12.2004

KULTUR

Stadt der Kulturen

Preisverleihung und Projektpräsentation im Lentos

Herausragende Projekte im Bereich der integrativen Kulturarbeit werden seit einigen Jahren mit dem Förderpreis „Stadt der Kulturen“ prämiert. Die offizielle Preisverleihung durch Kulturreferent Vizebürgermeister Dr. Erich Watzl sowie die Präsentation der prämierten Projekte findet am Montag, 6. Dezember 2004, um 19.30 Uhr im Lentos statt. Die Preise sind mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. Ende September sind von einer fachkundigen Jury aus den 22 eingereichten Projekten folgende PreisträgerInnen ausgewählt worden:

Von den Projekten mit Bezug zu „ZwischenWelten“ wurde der Kulturverein für aktive Medienarbeit MEDEA für das Projekt „PANGEA - vom Projekt zum Verein“ ausgezeichnet. In der Kategorie der sozio-, interkulturellen oder künstlerischen Projekte erhielten der Verein der Polen für die „Polnischen Kulturtag 2004“, der Ungarische Medienverein Hungaro Media/Donauschule Linz für die „Ungarischen Abende mit Musik und Kunst“ und das von Sabine Funk und Sandra Gnigler eingereichte Projekt „Warteschleife - Bewegung im Stillstand“ die Hauptpreise.

Die Anerkennungspreise gingen an den Verein „Birlikte Yasam – Miteinander leben“ („Die Sprache als Werkzeug zur Integration und Antidiskriminierung“), an die Österreichische Gewerkschaftsjugend (Fotoausstellung „Kein alter Hass in neuen Zeiten“), an die Berufsschule Linz 6 („Integration“), und die Hauptschule 10 („Wo die Welt zu Hause ist“). Weiters wurden die Volksschule 45 mit dem Projekt „KIKL - Konflikte-Ich-Konfliktlösungen“ und die Stadtteilarbeit „Leben im Franckviertel“ des Amtes für Jugend und Familie mit dem Projekt „SPORTSPLOYER“ auf Grund ihres interkulturellen Engagements von der Jury besonders erwähnt.

Pro Kategorie werden jeweils 4500 Euro und für Anerkennungspreise 1000 Euro vergeben.

RedakteurIn:

Sabine Hörschläger +43 (0)732/7070-1354

► www.linz.at/Kultur (<http://www.linz.at/Kultur/kultur.asp>)

Ein Sinti-Buch, das wandert

Das Buch "Uns hat es nicht geben sollen" stößt auf positive Resonanz. Es ist besonders schön, dass es aufgrund der Rückmeldungen zu einem Sinti-Buch wird, das ausborgt wird und von einem Leser zum anderen wandert, sagte Gitta Martl heute, am Tag der ersten öffentlichen Buchpräsentation

Erstmals Präsentation

Im Alten Rathaus im Linz, in der Heimatstadt der Autorinnen - drei Generationen von Sinteze: Rosa Winter, Gitta und Nicole Martl -, wird heute Abend das Buch erstmals öffentlich vorgestellt. Alle am Buch beteiligten Personen werden zur Präsentation, die von der Sängerin Rusza Nikolic-Lakatos musikalisch umrahmt wird, erwartet. Mutter, Tochter und Enkelin schildern in dem im August erschienen Buch ihre Familiengeschichte und geben Einblick in das Leben der Sinti, welches geprägt ist von Verfolgung und Unterdrückung. Über die Situation der Sinti in Österreich wird heute Abend der Schriftsteller und Herausgeber des Buches Ludwig Laher sprechen.

"Eine wunderbare Unterstützung"

Von Seiten der Stadt Linz fungieren das Frauenbüro und der AusländerInnen-Integrationsbeirat als Veranstalter der Buchpräsentation. Für Gitta Martl ist das "eine wunderbare Unterstützung". Vor allem mit dem Frauenbüro hat es immer wieder Kooperationen gegeben. Ganz allgemein haben sie zu Frauenorganisationen wie beispielsweise auch dem MAIZ in Linz sehr gute Kontakte, berichtet Martl. "Wenn man sie schnell braucht, sind sie auch da". Auf die Frage wie die Kooperation mit dem AusländerInnen-Integrationsbeirat zu interpretieren sei, betont die Generalsekretärin des Verein Ketani in Linz, dass Sinti und Roma - obwohl schon seit Jahrhunderten in Österreich beheimatet - nicht immer als Österreicher anerkannt werden. Da habe aber vor allem die Anerkennung der Roma und Sinti als Volksgruppe im Jahr 1993 wesentliche Änderungen herbeigeführt.

Bemühungen der Frauen hervorheben

Für die Veranstalter betont Claudia Ziehengraser von der Geschäftsstelle des AusländerInnen-Integrationsbeirates in Linz, dass mit der Veranstaltung das Thema der Sinti-Frauen transportiert werden soll. Die Arbeit und die Bemühungen der Frauen, die unter anderem auch zur Gründung des Vereins Ketani geführt haben, sollen hervorgehoben werden.

Rosa Winter wurde letzte Woche mit dem Großen goldenen Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich durch Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) geehrt. Winter konnte die NS-Konzentrationslager überleben und musste im Film "Tiefeland" von Leni Riefenstahl mitspielen. Erst 1991 wurde ihr die österreichische Staatsbürgerschaft anerkannt.

Buchpräsentation "Uns hat es nicht geben sollen. Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen"
Dienstag, 14. Dezember 2004, 19.00 Uhr
Altes Rathaus, Foyer, Hauptplatz 1, 4020 Graz

<http://volksgruppen.orf.at/volksgruppen/aktuell/stories/23048/>

